

Surkows "Souveräne Demokratie" - Formel für einen russischen Sonderweg?

Mommsen, Margareta

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mommsen, M. (2006). Surkows "Souveräne Demokratie" - Formel für einen russischen Sonderweg? *Russland-Analysen*, 114, 2-5. <https://doi.org/10.31205/RA.114.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



„SOVERÄNE DEMOKRATIE“ KONFLIKT MIT GEORGIEN DER MORD AN ANNA POLITKOWSKAJA

■ ANALYSE	
Surkows „Souveräne Demokratie“ – Formel für einen russischen Sonderweg?	
Margareta Mommsen, München	2
■ DOKUMENTATION	
Wladislaw Jurjewitsch Surkow – der große Puppenspieler.	
Hans-Henning Schröder, Bremen	5
■ UMFRAGE	
Wie bewerten Sie die Tätigkeit Putins als Präsident Russlands?	6
Sieben Jahre Putin...	7
Die Stimmung der Russen im Herbst	8
Russlands Hauptprobleme in den Augen der Bevölkerung	11
■ UMFRAGE	
Der russisch-georgische Konflikt - zwischenstaatlich oder interethnisch?	13
■ UMFRAGE	
Der Mord an Anna Politkowskaja	16
■ CHRONIK	
Chronik vom 12. bis zum 19. Oktober 2006	17



Analyse

Surkows „Souveräne Demokratie“ – Formel für einen russischen Sonderweg?

Margareta Mommsen, München

Zusammenfassung

Die Formel von der „souveränen Demokratie“ entstand als Konzept der Abwehr gegen eine mögliche „bunte Revolution“ in Russland. Inhaltlich versteht es sich als selbstbewusste Abgrenzung des nationalen Demokratiemodells – und das heißt faktisch eines autoritären Systems – vom Typus der „westlichen Demokratie“, die man sich nicht überstülpen lassen will. Im Kern geht es also um den Anspruch auf einen historischen Sonderweg mit eigenen Institutionen, um die Stärkung der Rolle Russlands in der Welt und um die Abwehr jedweder Kritik des Auslands an den innenpolitischen Verhältnissen Russlands. Nach der jüngst erfolgten Entzauberung des Begriffs durch Präsident Putin selbst scheint allerdings nicht sicher, ob der Terminus „souveräne Demokratie“ weiter eine zentrale Rolle in der politischen Selbstdarstellung spielen wird.

Wladislaw Surkow erfindet einen neuen Leitbegriff

Im Februar 2006 wurde die russische Öffentlichkeit mit einem neuen politischen Leitbegriff konfrontiert, dem Terminus „souveräne Demokratie“, eine Wortzusammenstellung, die ebenso anspruchsvoll wie verwirrend ist. Autor dieser Formel ist Wladislaw Surkow, der Stellvertretende Leiter der Präsidentschaftsadministration und Chefideologe des Kremls. Surkow hat das neue Konzept in einer schon am 7. Februar vor Aktivisten des „Einigen Russland“ gehaltenen Rede ausführlich dargelegt. Seither reißen die öffentlichen Diskussionen darüber, welche Bedeutung der Begriff für Russlands Selbstverständnis und weiterer Entwicklung zukommt, nicht ab. Einmal mehr vermengt sich die Suche nach nationaler Identität und der Rolle Russlands in der Welt mit der Gretchenfrage nach der Demokratie.

Was steckt tatsächlich hinter der staatsrechtlich höchst ungewöhnlichen Kombination von „Souveränität“ und „Demokratie“ und welchen Zweck verfolgt ihre Propagierung vor jungen Parteiaktivisten? Die Entstehungsmotive lassen sich schnell ergründen, denn auch dafür liefern Äußerungen Surkows Hilfestellung. Es handelt sich um eine unter Ausschluss der Öffentlichkeit bereits am 17. Mai 2005 auf dem ökonomischen Forum des Verbandes „Delovaja Rossija“ (Business Russia) in Moskau gehaltene Rede. Surkows Ausführungen wurden auf der Website von Radio Liberty am 11. Juli 2005 Interessierten zugänglich gemacht. Die Europäer, so Surkow, seien zwar keine Feinde Russlands, jedoch Konkurrenten. Und dies wiege Surkow zufolge noch schwerer und sei noch viel kränkender als klare Feindschaft. Feindschaft sei letztlich besser als der Umgang mit ambivalenten Freunden, wie dies heute der Fall sei. So das bittere Fazit des Kremlphilosophen.

Angst und Demokratie

Surkows Ausführungen lassen keinen Zweifel daran, dass die Prägung des Begriffs der „souveränen Demokratie“ von all den Verletzungen herrührt, die das russische Selbstwertgefühl durch die orangene Revolution in der Ukraine erfahren hat. Russland als selbstbestimmte Großmacht und einzigartige Zivilisation, die keiner Einmischung aus dem Westen und schon gar nicht irgendwelcher Lektionen in Sachen Demokratie bedarf, ein Land, das sich vor ähnlichen infamen Verschwörungen und Unterwanderungen des Systems wie in der Ukraine zu schützen weiß, so lautet das Credo in Surkows Geheimrede. Als wichtigste Maßnahme zur „Sicherung der Souveränität“ nennt er die Aufrechterhaltung der Kontrolle über das „nationale Kapital“, zumal über die Bereiche der strategischen Kommunikation, das Finanzsystem, die Medien und die nationalen Ressourcen an natürlicher Energie und Mineralien. Surkows Zwischenbilanz auf dem Forum von „Delovaja Rossija“: „Das ist es im wesentlichen. Ich möchte sagen, dass unser Projekt banal ist. Ich werde es kurz „souveräne Demokratie“ nennen.“

Surkow macht auch keinen Hehl daraus, dass der aktuelle Kampf um den „unabhängigen Staat“ einer weiteren Einschränkung der Demokratie in Russland bedarf. Er beteuert, dass man „diesen Prozess“ – gemeint ist die Demokratisierung – „nicht absichtlich aufhalten“ wolle, es sei nur so, „dass wir Angst haben“. Dieses Eingeständnis erhellt das eigentliche Motiv des Kremls. Surkow hält das Volk – wie schon andere politische Akteure zuvor – für nicht reif für den freien politischen Wettbewerb. In der Konsequenz erfordert das die strikte Unterbindung autonomer gesellschaftlicher Tätigkeit. Die jüngsten Gesetze über die NGOs und zur Bekämpfung des Extremismus sind bereits Ausdruck dieser restriktiven Politik.

„Souveräne Demokratie“ und herrschende Partei

Surkow hat seine Formel in der Rede vom Februar 2006 zu einer Art neuen Staatsideologie ausgebaut und deutlich gemacht, warum er als Publikum gerade junge Aktivisten des „Einigen Russland“ ausgewählt hat. Diese Organisation sieht er für eine Zeitspanne „von zehn bis 15 Jahren“ als „regierende“ Partei, als *de facto* allein herrschende politische Partei. Folglich sollen vor allem Parteileuten die neue Staatsphilosophie kennen lernen und in ihrer konkreten Parteiarbeit beherrigen. Dabei orientiert sich Surkow anscheinend am Vorbild des sowjetischen Einparteienstaats. Nicht ohne Grund äußerte er sich positiv über die „mächtige Ideologie“, die in der Sowjetzeit den politischen Kurs vorgegeben habe. Bei soviel Nostalgie für das Sowjetsystem erstaunt es dann nicht, dass Surkow erneut die Verstaatlichung der strategischen Ressourcen verteidigt, wobei er vorgibt, dass dies im Interesse des Wohlstandes der russischen Bevölkerung geschehe. Um Russland in der Welt wieder zu einer Führungskraft zu machen, bedürfe es nicht nur der Wahrung der „Grundlagen von Russlands nationaler Souveränität“, d.h. der Armee, der Flotte und der Atomwaffen. Darüber hinaus müsse sich Russland in die Weltwirtschaft als globaler Wirtschaftsführer einbringen, und dies bedeute nicht nur Kontrolle über Öl- und Gasreserven, sondern mehr noch die Fähigkeit, Energieressourcen mittels moderner Technologien zu diversifizieren. So gesehen versteht Surkow die Souveränität eines Staates als „politisches Synonym für Konkurrenzfähigkeit“, unter welchen Titel er im Übrigen seine Rede gestellt hat.

Aggressive Vorverteidigung der „souveränen Demokratie“ vor dem G8-Gipfel

Allerdings betont Surkow immer wieder, dass man die angestrebte Stärkung der Unabhängigkeit Russlands nicht mit der Errichtung einer nationalen Festung verwechseln dürfe. dass dieses Ziel so nachdrücklich verneint wurde, lässt jedoch eher auf eine gegenteilige Absicht des Kremls schließen. Zumindest ging es dem Kreml zunächst darum, mithilfe des konzeptionellen Bollwerks der „souveränen Demokratie“ Kritik des Auslandes an den innenpolitischen Verhältnissen Russlands abzuwehren.

In diesem Sinne spricht die aggressive Vorverteidigung der russischen „Demokratie“, die im Vorfeld des G8-Gipfels in St. Petersburg Mitte Juli 2006 sowohl von Präsident Putin, als auch vom rührigen Surkow betrieben wurde, für sich. Surkows Briefing westlicher Journalisten am 28. Juni 2006 fiel wenig überzeugend aus. Es wurde vielmehr auf peinliche Weise deutlich, dass er das demokratische ABC

nicht beherrscht, sondern nur die Mechanismen der „gelenkten Demokratie“ verinnerlicht hat. So verteidigte er die Tatsache, dass die Exekutive in Russland nur eine einzige Partei, das „Einige Russland“, fördere und unterstütze, mit dem Verweis darauf, dass doch auch George W. Bush jeweils nur die Republican Party und Tony Blair die Labour Party unterstützten. Dabei entging ihm ganz die Funktion von Regierungsparteien, die ihre eigene Führung unterstützen und nicht umgekehrt, wie dies in Russland der Fall ist. Die kritische Frage eines Journalisten über die Möglichkeit von Fernsehauftritten der politischen Opposition, tat Surkow damit ab, dass es „eine Frage des Geschmacks“ sei, falls sich die Opposition nicht hinreichend repräsentiert fühle.

Schließlich betonte Surkow einmal mehr, dass im Unterschied zu der „souveränen Demokratie“ Russlands eine „gelenkte Demokratie“ dort herrsche, wo „ein politisch wie wirtschaftlich ineffektives Regime“ „von außen gesteuert“ und an „bestimmte Zentren des globalen Einflusses gebunden“ werde. Surkow nannte keine Namen, aber die Anwesenden konnten jedoch keinen Zweifel daran haben, dass Surkow die vorgeblich von den USA und der EU gegängelte Ukraine meinte. Aber Surkows Etikettenschwindel, der eben auch darin bestand, Russlands „gelenkte Demokratie“ der Ukraine anzudichten, war leicht zu durchschauen. In einer kritischen Moskauer Zeitung wurde Surkow deswegen prompt als „der großen Verdreher“ bezeichnet.

Die Demokratiekontroverse und der Machtkampf im Kreml

Während die öffentlichen Diskussionen über die „souveräne Demokratie“ im Sommer 2006 weiter hohe Wellen schlugen, positionieren sich auch die beiden Ersten Vizepremier, Dmitrij Medwedjew und Sergej Iwanow, die bis auf weiteres als vorrangige Anwärter auf die Nachfolge Putins im Jahr 2008 gelten. Während Verteidigungsminister Iwanow die wichtigsten Zielwerte des neuen Russland unter die Triade „Souveräne Demokratie, souveräne Ökonomie und starke Militärmacht“ stellte und damit den Anspruch Russlands auf einen Sonderweg noch weiter unterstrich, distanzierte sich Dmitrij Medwedjew entschieden von der Idee einer „souveränen Ökonomie“ und sprach sich auch gegen jedes Adjektiv in Verbindung mit dem Begriff der Demokratie aus. Damit empfahl sich Medwedjew als klassischer Liberaler und „Westler“.

Die Existenz unterschiedlichen Meinungen lässt indessen weniger auf besondere Leidenschaften der Vizepremier für Diskurse über staatstheoretische Grundsätze, sondern eher auf die Verschärfung der Machtkämpfe unter den Diadochen und deren

Klientel schließen. Insofern war der Dissens zwischen den beiden eher Ausdruck ihres Bemühens, im Vorfeld von Putins Abgang im Jahr 2008 die Flaggen zweier unterschiedlicher Kremlgruppen hochzuhalten. Tatsächlich dringen heute mehr Informationen über Konflikte zwischen den Einflussgruppen nach außen als bisher üblich.

Das Zerreden der „souveränen Demokratie“

Unteressen hielten die öffentlichen Diskussionen über Sinn und Nutzen der „souveränen Demokratie“ an. Auf solchen Rundtischgesprächen führte Surkow weiterhin das Wort. Er stellte vor allem die Notwendigkeit für Russland heraus, in der internationalen Politik als eine Macht mit einer eigenen nationalen Ideologie zu brillieren. Es gehe dabei um nicht weniger als um die nationale Identität und die Würde der russischen Bürger. Die neue Ideologie müsse sich in der Welt auch mithilfe neuer Bilder und Worte vermitteln, widrigenfalls Russland gar nicht wahrgenommen, geschweige denn ernst genommen werde. Und so forderte er auf dem Rundtischgespräch am 31. August ernsthaft: „Wir müssen in der europäischen Diskussion unsere eigene Stimme haben, so wie dies zur Sowjetzeit gegeben war.“

Bei der gleichen Gesprächsrunde erhielt Surkow von dem Vorsitzenden des Russischen Verfassungsgerichts, Walerij Sorkin, halbherzige Schützenhilfe bei dem Versuch, dem Begriff der „souveränen Demokratie“ eine verfassungsrechtliche Basis zu geben. Sorkin stellte lapidar fest, dass Russland kraft Verfassung ein demokratischer und souveräner Staat sei. Insofern sei die Demokratie souverän, und die Souveränität demokratisch. Während Sorkin es so vermied, in einen offenen Widerspruch zum Chefideologen des Kremls zu treten, stand er gleichwohl nicht an, bei gleicher Gelegenheit auf die Einhaltung der Verfassung zu pochen und zu fordern, dass sich die Demokratie in Russland nur auf ihrer Grundlage entwickeln dürfe. Auffällig erscheint gleichwohl, dass Verfassungshüter Sorkin nicht gegen das offen ausgesprochene Ansinnen Surkows anging, eine neue nationale Ideologie zu propagieren. Da die Verfassung angesichts der Erfahrungen mit der in der Sowjetunion verbindlichen Staatsideologie ausdrücklich verbietet, dass eine Ideologie „als staatliche oder verbindliche Ideologie“ festgelegt wird (Art. 13, Abs.2), hätte Sorkin gerade darauf den mahnenden Zeigefinger richten müssen.

Über die Autorin

Margareta Mommsen ist emeritierte Professorin für Politische Wissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Präsident Putin stellt die Unvereinbarkeit von „souverän“ und „Demokratie“ fest

Während Surkow zusammen mit der Führung des „Einigen Russland“ im September weiterhin für die „souveräne Demokratie“ als Schlüsselbegriff einer neuen Wahlplattform eintrat, wurden diese Pläne von Präsident Putin selbst in Frage gestellt. Bei einem Gedankenaustausch mit westlichen Russlandexperten und Journalisten am 9. September vertrat er die Ansicht, dass die beiden Begriffe „souverän“ und „Demokratie“ ganz unterschiedlichen konzeptionellen Bereichen angehörten. Während sich die Souveränität auf Russlands äußere Merkmale beziehe, betreffe die Demokratie die innere Organisation des Landes. Im Übrigen hielt er es nicht für seine Sache, dazu weiter Stellung zu beziehen, da es sich um ein Thema für „politische Analytiker“ handele. Er wolle sich aber nicht den öffentlichen Debatten in den Weg stellen.

Surkow versuchte sich fürs erste aus dem Dilemma zu winden, indem er auf dem Medien-Forum des „Einigen Russland“ am 12. September behauptete, es komme ihm nicht darauf an, eine Terminologie zu retten, man befinde sich ja schließlich nicht in einem Philologen-Klub. Wohl aber treibe ihn weiterhin die Sorge um die hinter dem Begriff der „souveränen Demokratie“ stehende Sache um. Und unter der „Sache“ verstand er wohl in erster Linie die Selbstbehauptung Russlands als Großmacht und Weltmacht im internationalen Kräftespiel.

Fazit

Bilanziert man Wladislaw Surkows Bemühungen um Anerkennung und Durchsetzung der Losung von der „souveränen Demokratie“, so ist deren Erfolg bisher begrenzt. Trotzdem will das „Einige Russland“ in seiner Wahlplattform an diesem „Schlüsselbegriff“ festhalten, wie Parteichef Boris Gryslow am 2. Oktober bekräftigte. Er stand dabei nicht an, aus der Verfassungspräambel den Auftrag zur Schaffung einer „souveränen Demokratie“ abzuleiten. Diese weit hergeholte These erscheint indessen ebenso abwegig wie die von ihm bei gleicher Gelegenheit offerierte völlig abstruse Typologie von Demokratien. Aufs Ganze gesehen zeigen die Diskurse, dass Russland weiter um sein Selbstverständnis ringt und mit dem klaren demokratischen Verfassungsauftrag von 1993 wenig anzufangen weiß.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Lesetipps

- Dmitrij Furman: Ursprünge und Elemente imitierter Demokratien, in: OSTEUROPA, 56.2006, Nr. 9, S. 3–24
- Mark A. Smith: Sovereign Democracy: the ideology of Yedinaya Rossiya, <http://www.da.mod.uk/csdc>, Russian Series 06/37, Defence Academy of the United Kingdom, Johnson's Russia List 196 / 31, 29.8.2006.
- Vladimir Gel'man: From 'Feckless Pluralism' to 'Dominant Power Politics'? The Transformation of Russia's Party System, in: Democratization, 13.2006, No. 4 (August), S. 545–561.

Programmatische Texte zum Thema „Souveräne Demokratie“:

- Wladislaw Surkow's Secret Speech: How Russia Should Fight International Conspiracy. Mosnews.com July 12, 2005 <Johnson's Russia List #9199, 13 July 2005, #12> (We publish the full text of a secret speech, delivered by Vladimir Putin's top aide, Deputy head of Russia's presidential administration, Wladislaw Surkow, speaking to members of the "Delovaya Rossiya" (Business Russia) economic forum, last week. The full text of Surkow's speech was made public at the Radio Liberty website on July 11th.)
- Spiegel-Interview mit Surkow, Spiegel, 20.6.2005 (russische Version: „Ja okolo desjati let rabotal v sisteme Chodorkovskogo“. Intervju Wladislawa Surkowa shurnalu Spiegel <http://www.polit.ru/dossie/2005/06/21/surk.html>)
- Wladislaw Surkow: Suverenitet – eto polititscheskij sinonim konkurentosposobnosti. Stenogramma wystuplenija samestitelja Rukowoditelja Administrazii Prezidenta – pomoschtschnika Prezidenta RF Wladislawa Surkowa pered sluschateljami Zentra partijnoj utscheby i podgotowki kadrow WPP "Jedinaja Rossija" 7 fevralja 2006 goda. 22.02.2006 21:37 MSK. <http://www.edinros.ru/news.html?id=111148>, 10. April 2006
- Wladislaw Surkow: „Net u obschtschestwa «wtoroj nogi““. Stenogramma wstretschy gruppy deputatow ot Rossijskoj partii shisni s samestitelem Rukowoditelja Administrazii Prezidenta Rossijskoj Federazii – pomoschtschnikom Prezidenta Rossijskoj Federazii Wladislawom Surkowym <http://www.polit.ru/dossie/2006/08/15/surkov.html>, 16. August 2006
- Boris Gryslow: Ponjatje „suverennaja demokratija“ dlja nas, rossijan, - besalternatiwno. Predsedatel „Edinoj Rossii“ Boris Gryslow kommentiruet nowye programnye dokumenty Partii <http://www.gryslow.ru/index.php?page=publications&id=250>

Dokumentation

Wladislaw Jurjewitsch Surkow – der große Puppenspieler

Wladislaw Surkow wurde am 21.9.1964 in Solnzewo (Gebiet Lipezk) geboren. Er studierte zunächst am Moskauer Institut für Stahl und Legierungen und am Moskauer Kulturinstitut, ohne einen Abschluss zu erlangen. 1983–1985 leistete er seinen Wehrdienst ab, danach arbeitete er u. a. als Dreher, als Leiter eines Amateurtheaters und verdiente Geld mit Übersetzungen.

1988 – das Gorbatschowsche Genossenschaftsgesetz ließ nun quasi-private Betriebe zu und Surkow war 24 Jahre alt – übernahm er in einer neu gegründeten Jugendkooperative die Position eines ‚Managers für die Verbindungen zu den Auftraggebern‘. Damit hatte er den Tätigkeitsbereich gefunden, der ihm lag und in dem er sich entfalten konnte. Bald stand Surkow an der Spitze der Marketingagentur „Metapress“, die faktisch dem Finanzinstitut „Menatep“ gehörte, an dessen Spitze wiederum Michail Chodorkowskij stand, wenige Jahre später der reichste Mann Russlands. 1992 trat Surkow in die Leitung von „Menatep“ ein und wurde kurze Zeit danach Chef der Werbe- und Kommunikationsabteilung. Bis 1996 stand er praktisch an der Spitze der Öffentlichkeitsarbeit von Menatep.

Von dort wechselte er im März 1996 zu „Rosprom“, um 1997 in die Leitung der Alfa-Bank überzuwechseln, deren Erster Stellvertretender Vorsitzender er wurde. Damit war er von einem Oligarchen – Michail Chodorkowskij – zum nächsten – Michail Fridman – übergegangen, gerade in einer Phase, als die „Sieben Bankbarone“ auf dem Höhepunkt ihres Einflusses waren.

1998 erschloss sich Surkow ein neues Arbeitsfeld. Er übernahm das Amt des Stellvertretenden Generaldirektors der ORT (des größten Fernsehsenders, der an sich staatlich war, aber zu diesem Zeitpunkt von einem Konsortium von Finanzleuten kontrolliert wurde) und trat auch in den Aufsichtsrat der Anstalt ein. Dort nahm er die Funktion eines „Verantwortlichen Sekretärs“ wahr.

1999 kam dann der nächste große Karriereschritt. Surkow, der vorher schon als Berater des Leiters der Präsidentialadministration tätig war, wurde am 3. August 1999 zum Stellvertretenden Leiter der Präsidentialadministration befördert. Sechs Tage später, am 9. August 1999, ernannte Präsident Jelzin seinen Geheimdienstchef Putin kommissarisch zum Ministerpräsidenten. Das war der Beginn der Ära Putin: der ehemalige KGB-Agent wurde im Handumdrehen von der Duma bestätigt, übernahm am 1. Januar 2000 kommissarisch das Präsidentenamt und wurde im Frühjahr regulär zum russischen Präsidenten gewählt.

Surkow war von Anfang an dabei und gehörte zu dem engeren Kreis, der Putins politische Strategie entwarf. So heißt es, Surkow sei es gewesen, der im März 2000 in geschlossener Sitzung die Oligarchen Gusinskij und Beresowskij als Problemfälle herausgestellt habe. Diese Sitzung leitete eine Kampagne gegen die beiden ein. Sie wurden in den folgenden Monaten strafrechtlich verfolgt, entmachtet und aus dem Land gedrängt.

Surkow wurde eine Schlüsselfigur der russischen Innenpolitik. Ihm wird die Reorganisation des russischen Parteiensystems zugeschrieben, die mit der Zusammenlegung der beiden großen „administrativen“ Parteien „Einheit“ und „Vaterland-Ganz Russland“ zur Partei „Einiges Russland“ begann. Er gilt als der Organisator des Wahlsieges von 2003, als „Einiges Russland“ zwar nur knapp 40% der Listenstimmen erhielt, aber dennoch mehr als zwei Drittel der Parlamentssitze erringen konnte. Und Surkow wird in der russischen Öffentlichkeit für den Mann gehalten, der hinter den Kulissen in Parlament und Medien alle Fäden in der Hand hält, der große Puppenspieler, der die russische Innenpolitik orchestriert.

Surkow ist verheiratet und hat einen Sohn. Seine Frau, Julija Wischnewskaja, sammelt Puppen und hat ein Puppenmuseum organisiert. Surkow selbst komponiert und spielt Gitarre in seiner Freizeit. Das Ehepaar hat einen Sohn.

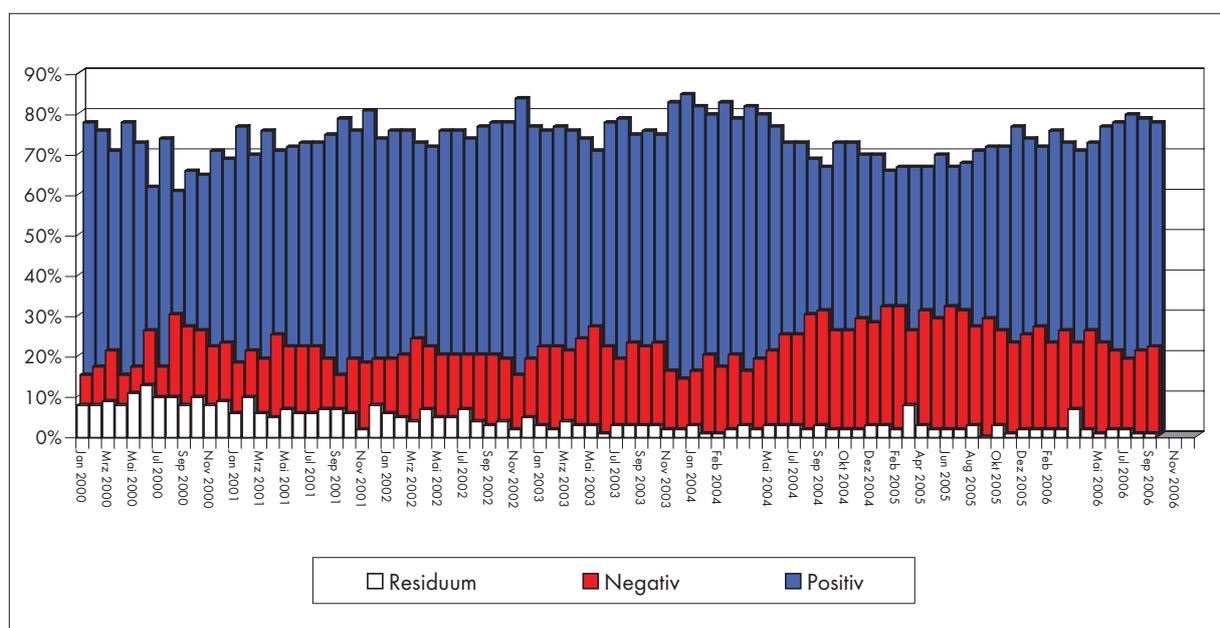
Henning Schröder

Umfrage

Wie bewerten Sie die Tätigkeit Putins als Präsident Russlands?

Quelle: Umfragen des VCIOM <http://www.levada.ru./prezident.html>

Wie bewerten Sie die Tätigkeit Putins als Präsident Russlands?



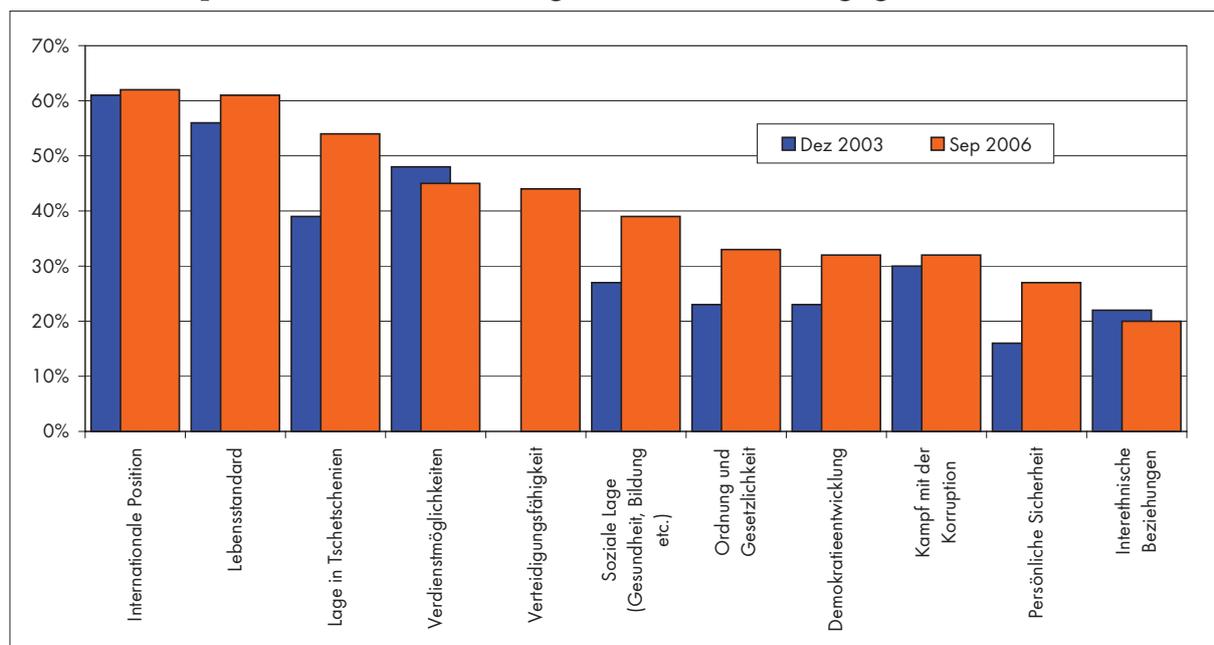
Sieben Jahre Putin...

Quelle: Umfragen des VCIOM vom 9.–10. September 2006

http://wciom.ru/novosti-analitika/press-vypuski/press-vypusk/single/3286.html?tx_ttnews%5BbackPid%5D=1&cHash=cb3e509e96

Wie hat sich Ihrer Meinung nach die Lage in folgenden Bereichen der russischen Gesellschaft während der Präsidentschaft Putins entwickelt?

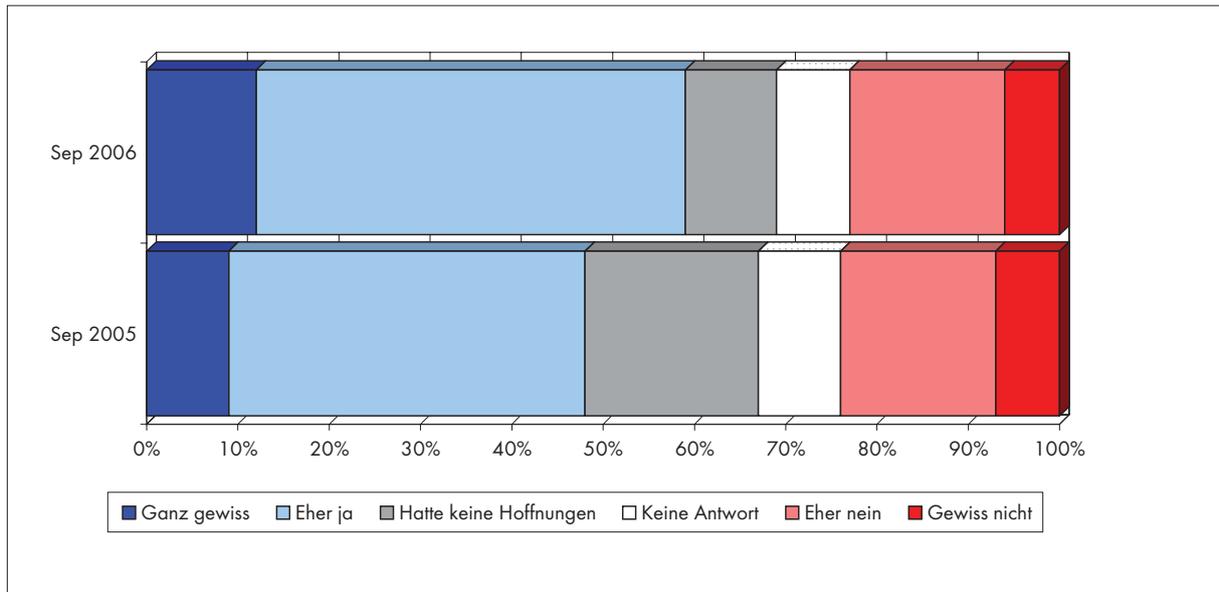
(Anteil der Respondenten, die der Meinung sind, dass sich die Lage gebessert hat)



Wie hat sich Ihrer Meinung nach die Lage in folgenden Bereichen der russischen Gesellschaft während der Präsidentschaft Putins entwickelt?

	Hat sich verbessert		Ist gleich geblieben		Hat sich verschlechtert		Keine Antwort	
	Dez 2003	Sep 2006	Dez 2003	Sep 2006	Dez 2003	Sep 2006	Dez 2003	Sep 2006
Internationale Position	61%	62%	24%	20%	5%	7%	10%	11%
Lebensstandard	56%	61%	31%	25%	11%	12%	2%	2%
Lage in Tschetschenien	39%	54%	41%	25%	11%	9%	9%	12%
Verdienstmöglichkeiten	48%	45%	33%	30%	14%	19%	5%	6%
Verteidigungsfähigkeit	-	44%	-	27%	-	11%	-	18%
Soziale Lage (Gesundheit, Bildung etc.)	27%	39%	38%	33%	30%	21%	5%	7%
Ordnung und Gesetzlichkeit	23%	33%	44%	37%	27%	23%	6%	7%
Demokratieentwicklung	23%	32%	49%	40%	15%	17%	13%	11%
Kampf mit der Korruption	30%	32%	41%	36%	20%	22%	9%	10%
Persönliche Sicherheit	16%	27%	46%	41%	32%	25%	6%	7%
Interethnische Beziehungen	22%	20%	48%	40%	24%	32%	6%	8%

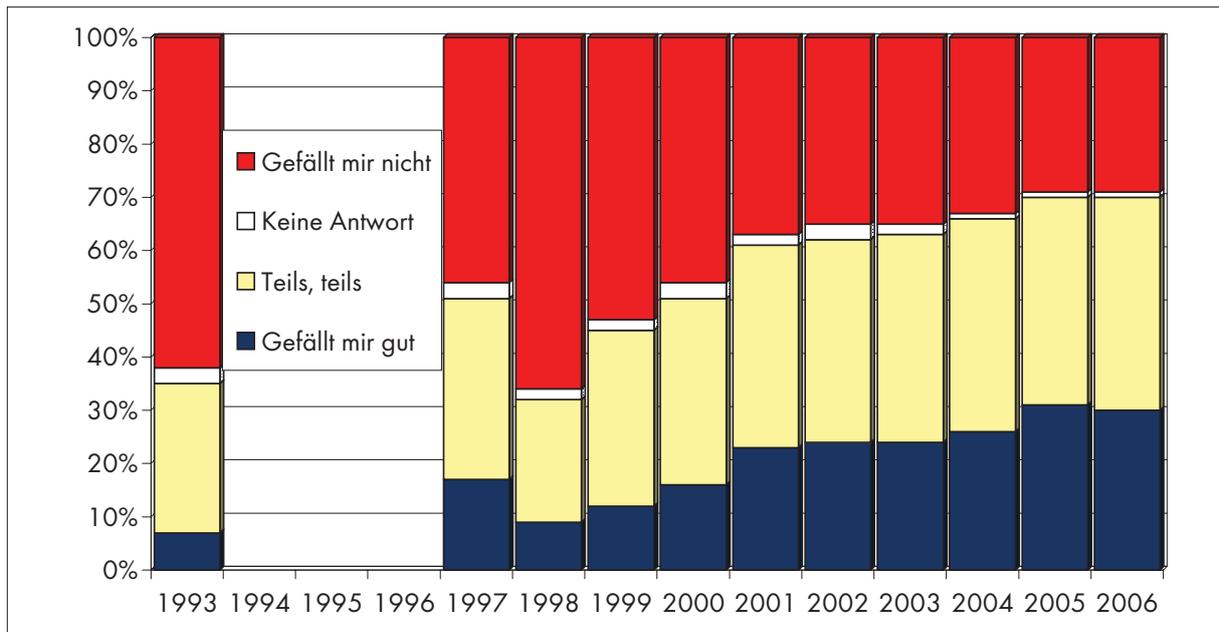
Haben sich die Hoffnungen, die Sie mit dem Amtsantritt Putins verbunden, bestätigt?



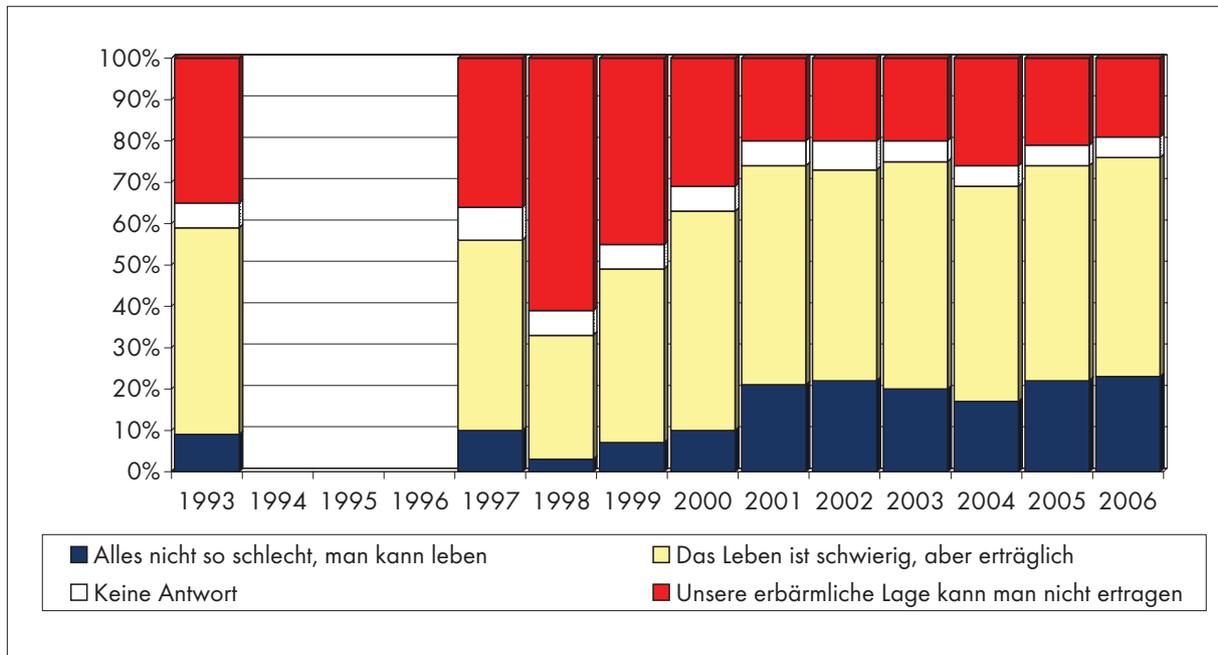
Die Stimmung der Russen im Herbst

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums im September 2006 <http://www.levada.ru/press/2006101105.html>

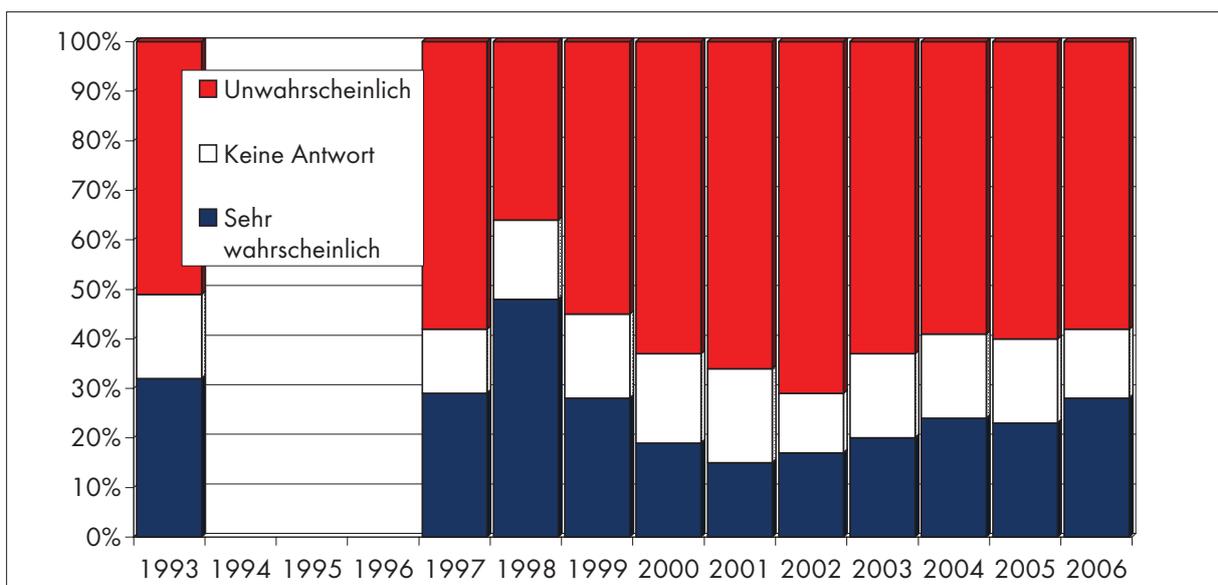
Wie gefällt Ihnen das Leben, das Sie jetzt führen?



Welche der angeführten Äußerungen entspricht am ehesten der heutigen Lage?



Wie wahrscheinlich sind heute in Ihrer Stadt/Ihrem Dorf Massenproteste gegen den Fall des Lebensstandards, zur Verteidigung Ihrer Rechte?



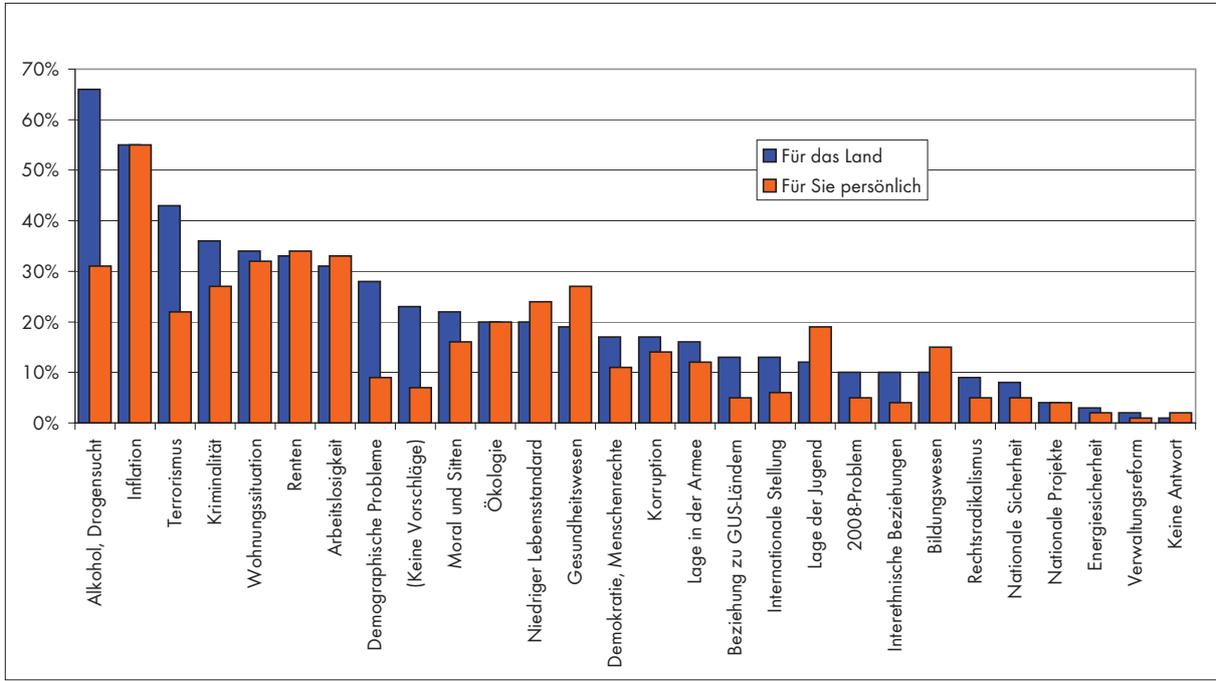
	1993	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Wie ist Ihre Stimmung in den letzten Tagen?											
Hervorragend,	5%	5%	3%	4%	5%	7%	6%	7%	6%	9%	8%
Normal, ausgeglichen	41%	39%	24%	37%	40%	50%	50%	54%	49%	54%	55%
Gespannt, gereizt	39%	39%	48%	40%	39%	31%	32%	28%	32%	28%	28%
Angst, Sorge	10%	9%	20%	12%	9%	7%	7%	6%	9%	6%	6%
Keine Antwort	5%	8%	5%	7%	7%	5%	5%	5%	4%	3%	3%
Wie gefällt Ihnen das Leben, das Sie jetzt führen?											
Gefällt mir gut	7%	17%	9%	12%	16%	23%	24%	24%	26%	31%	30%
Teils, teils	28%	34%	23%	33%	35%	38%	38%	39%	40%	39%	40%
Gefällt mir nicht	62%	46%	66%	53%	46%	37%	35%	35%	33%	29%	29%
Keine Antwort	3%	3%	2%	2%	3%	2%	3%	2%	1%	1%	1%
Welche der angeführten Äußerungen entspricht am ehesten der heutigen Lage?											
Alles nicht so schlecht, man kann leben	9%	10%	3%	7%	10%	21%	22%	20%	17%	22%	23%
Das Leben ist schwierig, aber erträglich	50%	46%	30%	42%	53%	53%	51%	55%	52%	52%	53%
Unsere erbärmliche Lage kann man nicht ertragen	35%	36%	61%	45%	31%	20%	20%	20%	26%	21%	19%
Keine Antwort	6%	8%	6%	6%	6%	6%	7%	5%	5%	5%	5%
Wie bewerten Sie die Wirtschaftslage Russlands?											
Sehr gut, gut	1%	2%	<1%	<1%	1%	3%	4%	4%	5%	7%	9%
Mittel	17%	20%	5%	11%	24%	37%	36%	37%	36%	40%	45%
Schlecht, sehr schlecht	71%	67%	91%	81%	65%	49%	49%	46%	46%	42%	35%
Keine Antwort	11%	11%	4%	8%	10%	11%	11%	13%	13%	11%	11%
Wie bewerten Sie Ihre heutige materielle Lage und die Ihrer Familie?											
Sehr gut, gut	6%	5%	3%	3%	4%	8%	7%	6%	8%	11%	9%
Mittel	51%	43%	28%	40%	45%	53%	52%	55%	55%	55%	56%
Schlecht, sehr schlecht	41%	50%	67%	56%	49%	37%	38%	36%	36%	33%	33%
Keine Antwort	2%	2%	2%	1%	2%	2%	3%	3%	1%	1%	2%
Was meinen Sie, muss man die Marktreformen fortsetzen oder beenden?											
Fortsetzen	49%	39%	27%	32%	32%	37%	36%	37%	34%	34%	40%
Beenden	19%	27%	34%	28%	24%	20%	20%	19%	22%	22%	20%
Keine Antwort	32%	34%	39%	40%	44%	43%	44%	44%	44%	44%	40%
Was meinen Sie, wird sich das Leben im Lauf des nächsten Jahres mehr oder weniger normalisieren oder gibt es keine Verbesserung?											
Wird sich normalisieren	17%	19%	16%	14%	24%	31%	22%	25%	25%	26%	27%
Keine Verbesserung	59%	65%	58%	64%	52%	43%	51%	51%	50%	50%	50%
Keine Antwort	24%	16%	26%	22%	24%	26%	27%	24%	25%	24%	23%
Was meinen Sie, wie wahrscheinlich sind heute in Ihrer Stadt/Ihrem Dorf Massenproteste gegen den Fall des Lebensstandards, zur Verteidigung Ihrer Rechte?											
Sehr wahrscheinlich	32%	29%	48%	28%	19%	15%	17%	20%	24%	23%	28%
Unwahrscheinlich	51%	58%	36%	55%	63%	66%	71%	63%	59%	60%	58%
Keine Antwort	17%	13%	16%	17%	18%	19%	12%	17%	17%	17%	14%
Wenn es solche Protestdemonstrationen gibt, werden Sie persönlich teilnehmen?											
Eher ja	24%	23%	33%	24%	18%	17%	20%	19%	22%	22%	25%
Eher nein	56%	63%	48%	58%	66%	67%	68%	65%	63%	61%	63%
Keine Antwort	20%	14%	19%	18%	16%	16%	12%	16%	15%	17%	12%

Russlands Hauptprobleme in den Augen der Bevölkerung

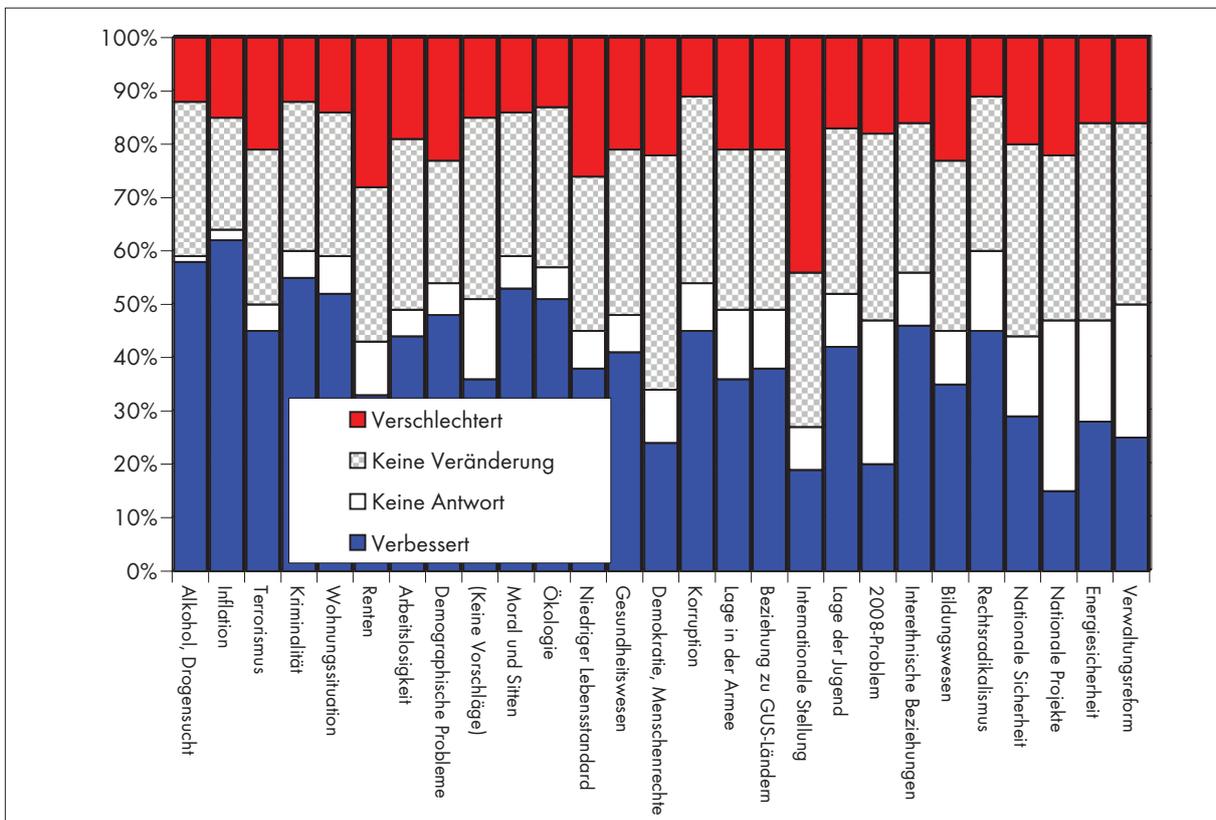
Quelle: Umfrage des VCIOM vom 7.–8. Oktober 2006

http://wciom.ru/novosti-analitika/press-vypuski/press-vypusk/single/3374.html?tx_ttnews%5BbackPid%5D=1&cHash=d41ff0650b

Welches der genannten Probleme halten sie für sehr wichtig (bis zu sieben Antworten)?



Wie hat sich die Situation in den letzten fünf Jahren entwickelt?



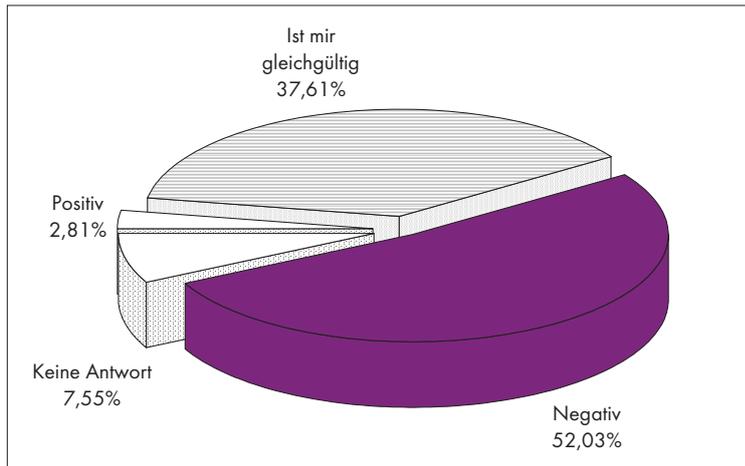
Probleme	Welches der genannten Probleme halten sie für sehr wichtig (bis zu sieben Antworten)?		Wie hat sich Ihrer Meinung nach die Situation in den genannten Sphären in den letzten fünf Jahren verändert?			
	Für das Land	Für Sie persönlich	Verbessert	Verschlechtert	Keine Veränderung	Keine Antwort
Alkohol, Drogensucht	66%	31%	58%	12%	29%	1%
Inflation	55%	55%	62%	15%	21%	2%
Terrorismus	43%	22%	45%	21%	29%	5%
Kriminalität	36%	27%	55%	12%	28%	5%
Wohnungssituation	34%	32%	52%	14%	27%	7%
Renten	33%	34%	33%	28%	29%	10%
Arbeitslosigkeit	31%	33%	44%	19%	32%	5%
Demographische Probleme	28%	9%	48%	23%	23%	6%
(Keine Vorschläge)	23%	7%	36%	15%	34%	15%
Moral und Sitten	22%	16%	53%	14%	27%	6%
Ökologie	20%	20%	51%	13%	30%	6%
Niedriger Lebensstandard	20%	24%	38%	26%	29%	7%
Gesundheitswesen	19%	27%	41%	21%	31%	7%
Demokratie, Menschenrechte	17%	11%	24%	22%	44%	10%
Korruption	17%	14%	45%	11%	35%	9%
Lage in der Armee	16%	12%	36%	21%	30%	13%
Beziehung zu GUS-Ländern	13%	5%	38%	21%	30%	11%
Internationale Stellung	13%	6%	19%	44%	29%	8%
Lage der Jugend	12%	19%	42%	17%	31%	10%
2008-Problem	10%	5%	20%	18%	35%	27%
Interethnische Beziehungen	10%	4%	46%	16%	28%	10%
Bildungswesen	10%	15%	35%	23%	32%	10%
Rechtsradikalismus	9%	5%	45%	11%	29%	15%
Nationale Sicherheit	8%	5%	29%	20%	36%	15%
Nationale Projekte	4%	4%	15%	22%	31%	32%
Energiesicherheit	3%	2%	28%	16%	37%	19%
Verwaltungsreform	2%	1%	25%	16%	34%	25%
Keine Antwort	1%	2%	–	–	–	–

Umfrage

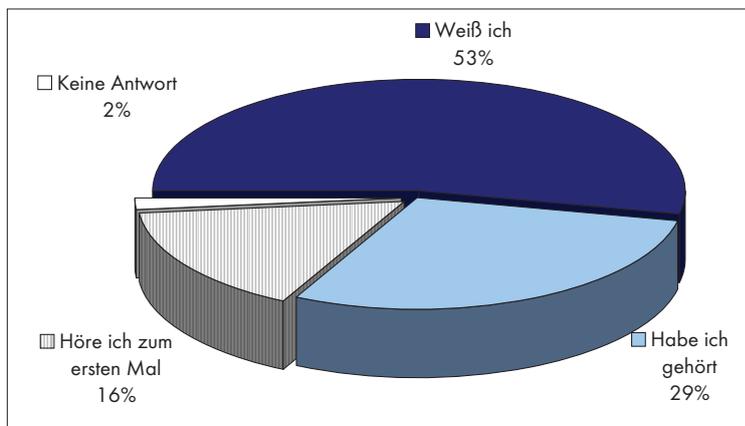
Der russisch-georgische Konflikt - zwischenstaatlich oder interethnisch?

Russland hat auf die Verhaftung von vier Offizieren durch die georgischen Behörden mit großer Heftigkeit reagiert. Es hat nicht nur Handels- und Verkehrssperren verhängt, die russische Polizei hat auch begonnen, Georgier in Russland verschärft zu kontrollieren und gegebenenfalls auch nach Georgien abzuschieben.

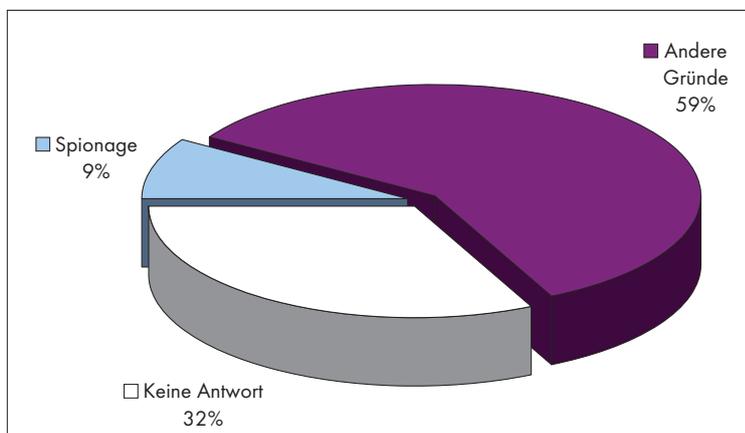
Quelle: Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom Oktober 2006
<http://bd.fom.ru/zip/tb0640.zip> bzw. <http://bd.fom.ru/zip/tb0641.zip>



Wie stehen Sie zum Präsidenten Georgiens, Michail Saakaschwili?

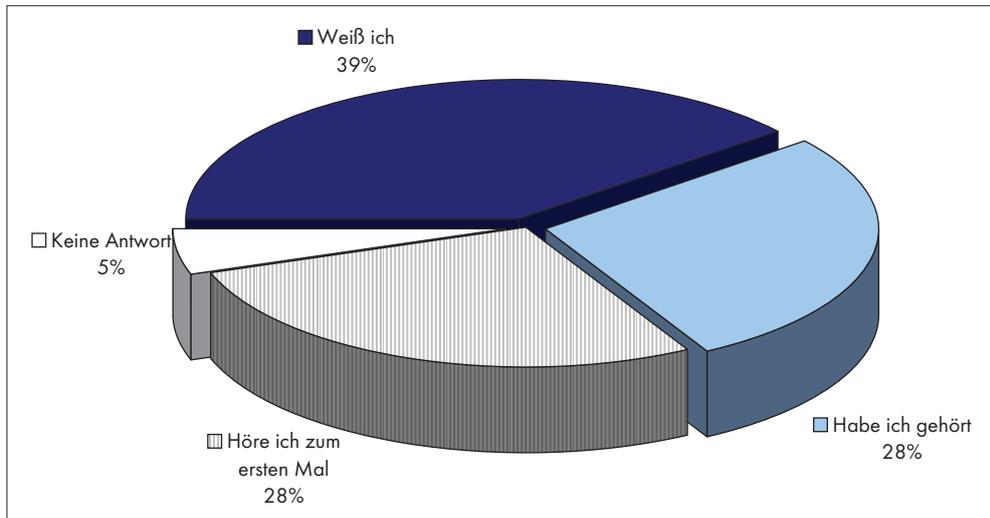


Wissen Sie, dass in Georgien russische Offiziere unter Spionageverdacht verhaftet worden sind?

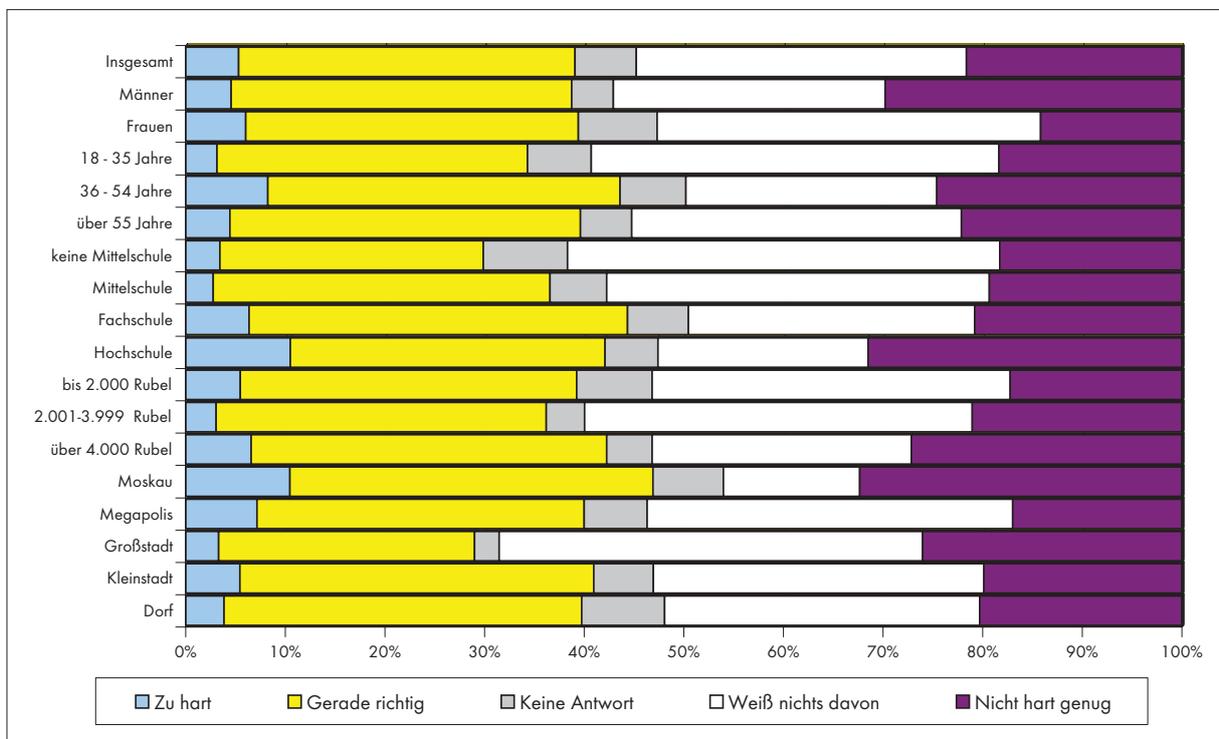


Warum sind die russischen Offiziere verhaftet worden - wegen Spionage oder aus anderen Gründen?

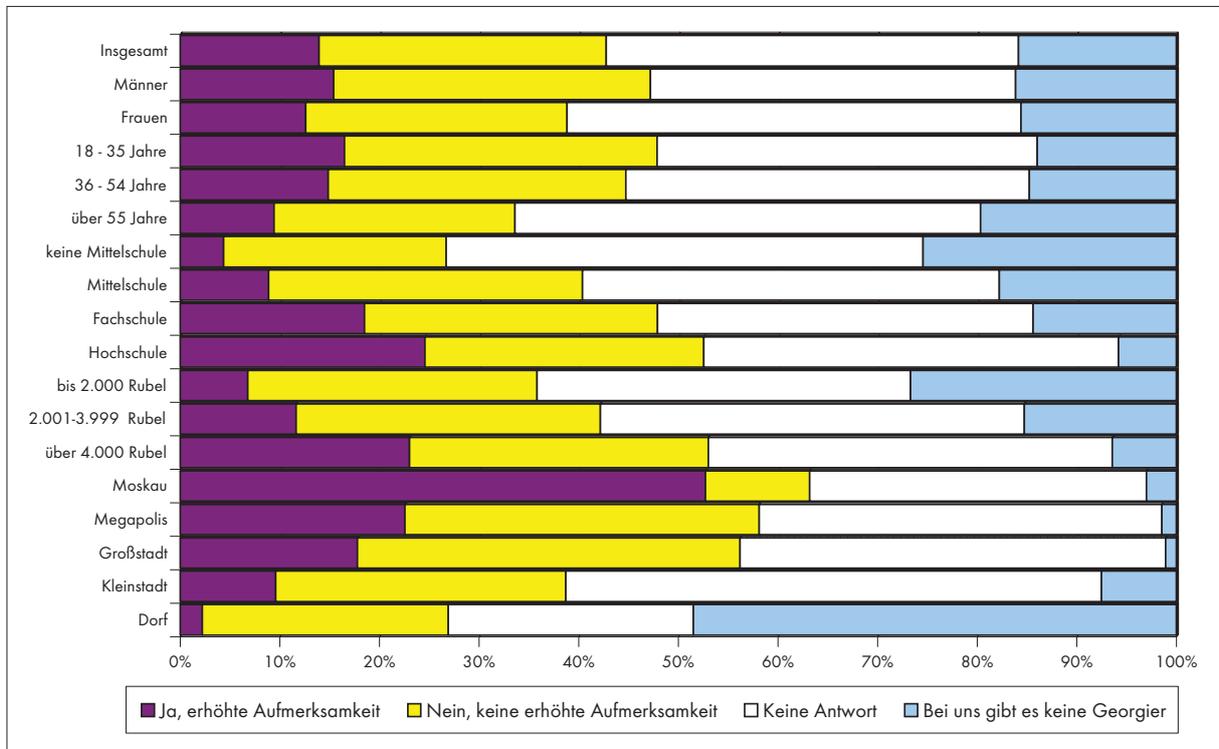
Wissen Sie von den Maßnahmen, die Russland in Verbindung mit der Verhaftung russischer Offiziere in Georgien getroffen hat?



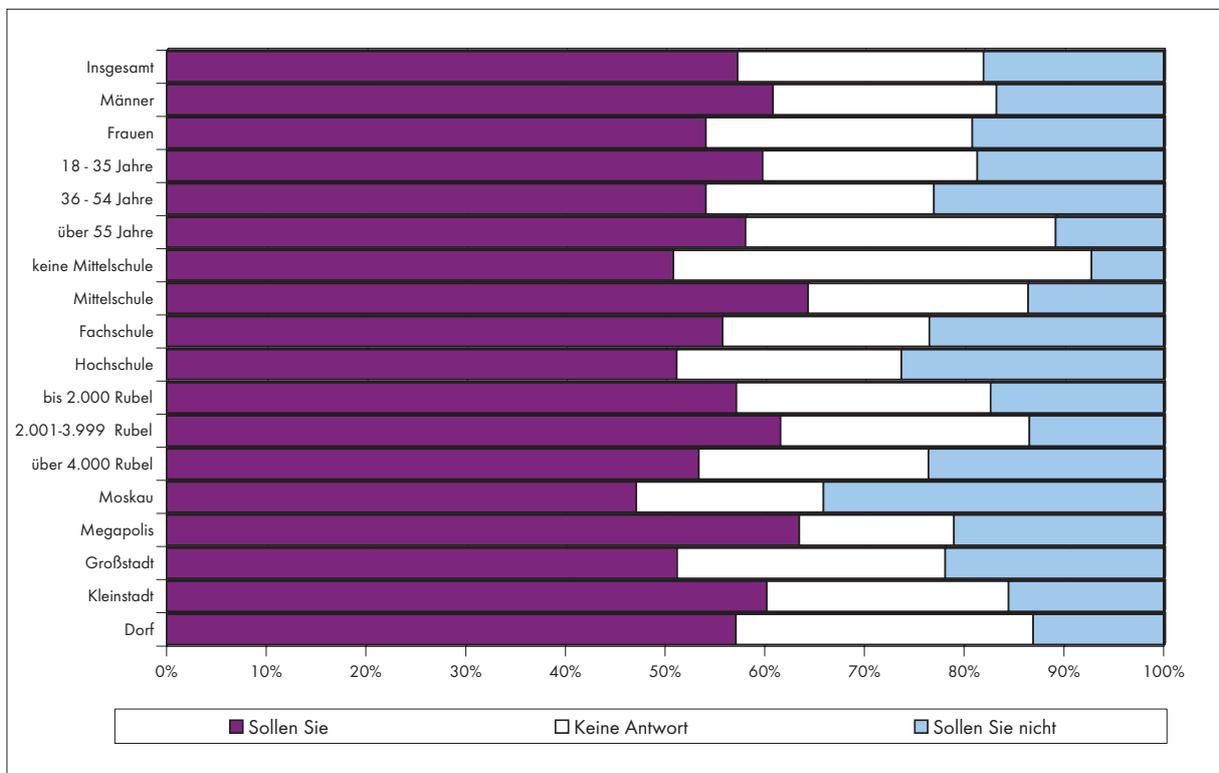
Sind die Maßnahmen, die Russland als Reaktion auf die Verhaftung russischer Offiziere in Georgien getroffen hat, zu hart, nicht hart genug oder gerade richtig?



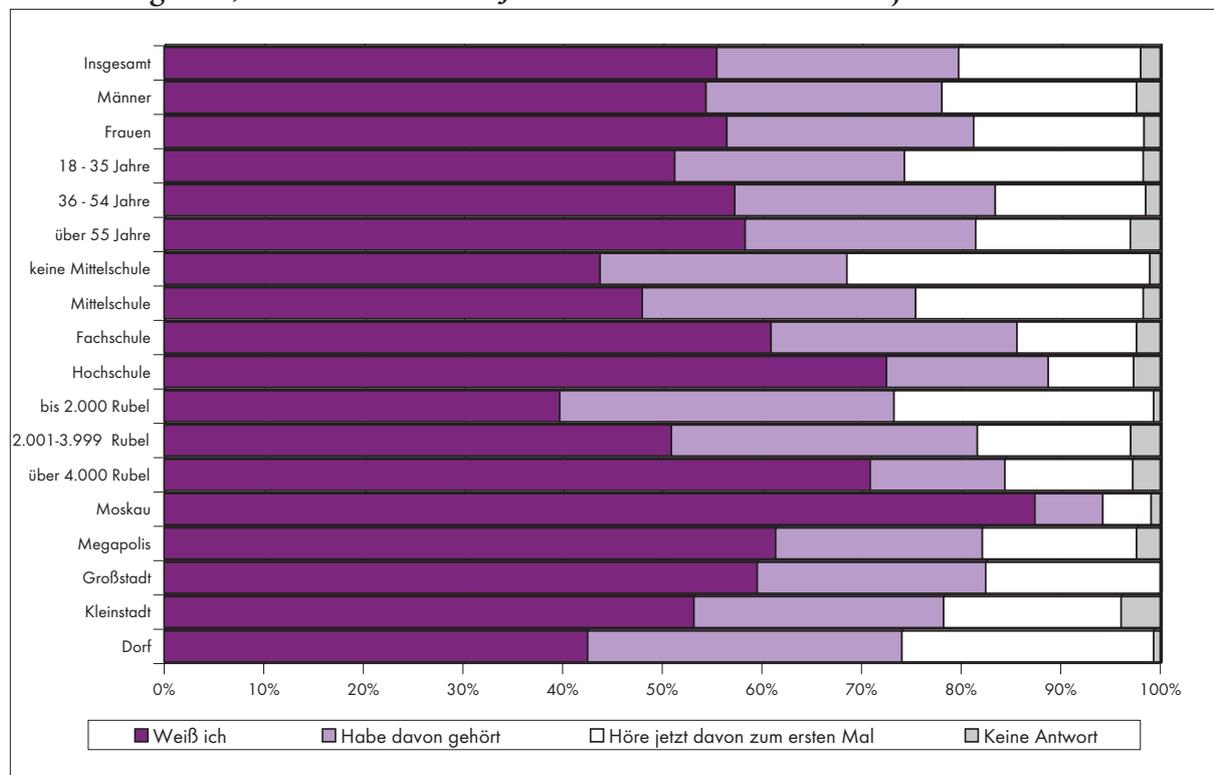
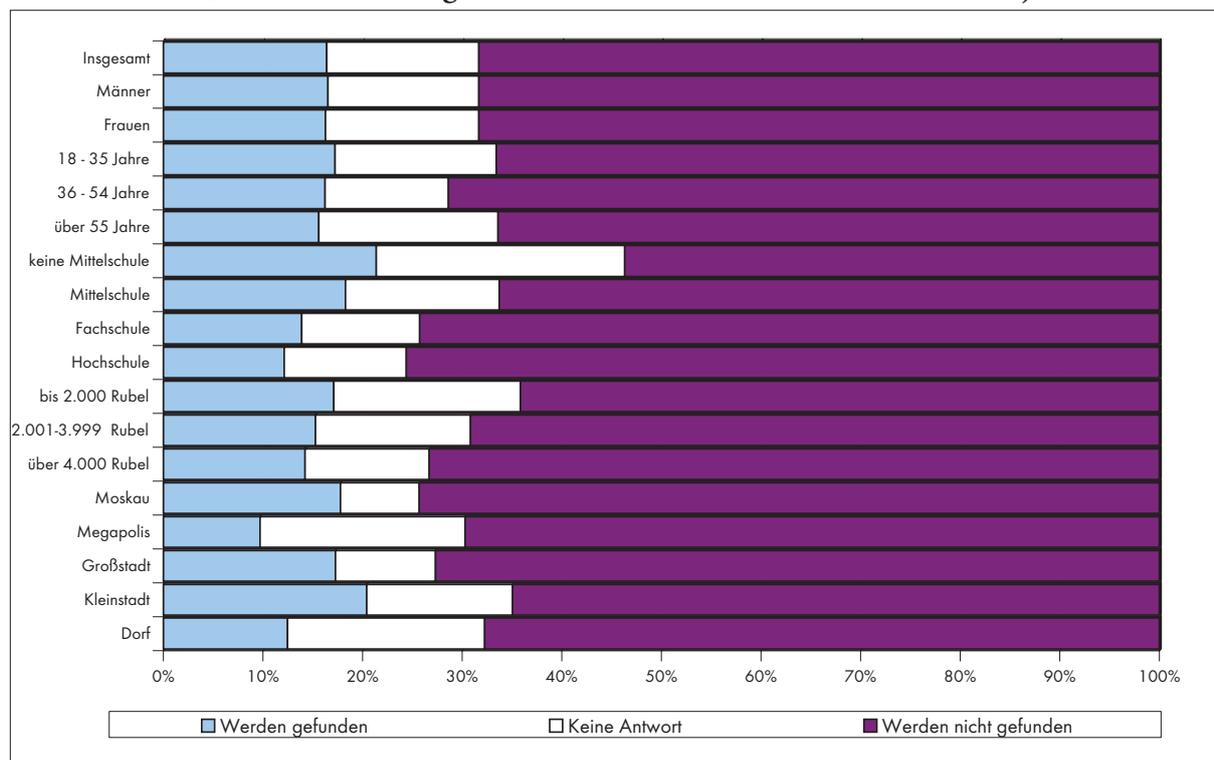
Haben die Sicherheitsorgane in Ihrer Stadt/Ihrem Dorf Georgier verstärkt kontrolliert?



Sollen die Sicherheitsorgane Georgier, die in Russland leben, besonders kontrollieren?



Umfrage
Der Mord an Anna Politkowskaja

 Quelle: Umfrage der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 14. und 15. Oktober 2006 <http://bd.fom.ru/zip/tb0641.zip>
Haben Sie gehört, dass in Moskau die Journalistin Anna Politkowskaja ermordet wurde?

Was meinen Sie, wird man die Organisatoren des Mordes an Anna Politkowskaja finden?


Chronik

Chronik vom 12. bis zum 19. Oktober 2006

12.10.2006	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte stellt fest, dass die russische Regierung für die unrechtmäßige Tötung von fünf Tschetschenen während einer Razzia der Sicherheitskräfte verantwortlich ist, und verurteilt sie zur Zahlung einer Kompensation an die Verwandten der Opfer in Höhe von 227.000 Euro.
12.10.2006	Vor der deutschen Botschaft in Moskau protestieren deutsche und russische Atomkraftgegner gegen den Export von Atommüll aus dem deutschen Gronau nach Russland. Fünf Demonstranten werden festgenommen.
12.10.2006	Das georgische Außenministerium teilt mit, dass auf georgischen Wunsch das Treffen der Genfer Arbeitsgruppe, die die Aufnahme Russlands in die WTO behandelt, auf unbestimmte Zeit verschoben wurde.
12.10.2006	Die Verkehrsminister der EU fordern Russland auf, keine Gebühren für Überflugrechte über Sibirien zu erheben, wenn es in die WTO eintreten will.
13.10.2006	Das höchste Gericht der mittlrussischen Region Nishnij Nowgorod verbietet auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Russisch-Tschetschenische Freundschaftsgesellschaft. Die internationale Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch kritisiert das Urteil und erklärt, dies sei ein unverhohlener Versuch, einen scharfen Kritiker von Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien zum Schweigen zu bringen.
14.10.2006	In Rjasan rast ein 21jähriger, fahrerscheinloser, betrunkenen Autofahrer in eine Marschkolonne von 200 Offizierschülern der Luftlandtruppen. Sechs Personen werden getötet, 14 verletzt. Der Fahrer und die anderen fünf Insassen des PKW werden festgenommen.
15.10.2006	Ein Mitglied des Stadtrats von Irbit (Gebiet Swerdlowsk) wird mit einer Schusswunde tot aufgefunden. Der Stadtrat war vorbestraft und hatte früher 10 Jahre im Gefängnis verbracht.
16.10.2006	Die Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, dass die Sicherheitskräfte im Falle des Mords an Andrej Koslow, des Chefs der Bankenaufsicht, drei Verdächtige festgenommen hätten.
16.10.2006	Igor Lisjutin, der Generaldirektor von „Eleks-Poljus“, dem größten Vertriebsunternehmen des Kfz-Konzerns AvtoVAZ, wird auf dem Weg zu seinem PKW von einem Unbekannten angeschossen und schwer verletzt.
16.10.2006	Die Nachrichtenagentur Interfax teilt mit, dass in St. Petersburg 286 Offizierschüler der Raumfahrtakademie mit Lebensmittelvergiftung ins Krankenhaus eingeliefert worden sind.
16.10.2006	Anatolij Woronin, der bei der Nachrichtenagentur ITAR-TASS die Wirtschaftsverwaltung leitet, wird in seiner Wohnung erstochen aufgefunden.
17.10.2006	Der russische Innenminister teilt mit, dass die Sicherheitskräfte eine Bande aufgedeckt haben, die mittels Banken und Kreditorganisationen über 8 Mrd. US\$ gewaschen hat. Der Bandenführer steht angeblich in Verbindung zu den georgischen Streitkräften.
17.10.2006	Die in Luxemburg versammelten Außenminister der EU kritisieren in einer Erklärung die russische Wirtschaftsblockade gegen Georgien.
17.10.2006	Oleg Orlow, Vorsitzender von Memorial, gibt sein Amt im Präsidentenrat für Zivilgesellschaft und Menschenrechte in Reaktion auf Putins Äußerungen über den Tod von Anna Politkowskaja auf.
17.10.2006	Auf dem Moskauer Flughafen stirbt ein Georgier, der sich in Abschiebehaft befindet. Der asthmakranke 58-Jährige war zuvor in St. Petersburg fünf Tage unter schlechten Bedingungen in einem Abschiebelager festgehalten worden und erhielt keine angemessene ärztliche Versorgung.
18.10.2006	Die Frist zur Registrierung von ausländischen Nichtregierungsorganisationen läuft ab. Bislang sind erst 67 von ca. 200 ausländischen NGOs registriert. Zu den nichtregistrierten Organisationen gehören die Friedrich-Naumann-Stiftung, die Friedrich-Ebert-Stiftung, Amnesty International und Human Rights Watch.
18.10.2006	Präsident Putin empfängt den israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert und erörtert mit ihm die Lage im Nahen und Mittleren Osten.
19.10.2006	In Dalnegorsk (Region Primorje) wird Dmitrij Fotjanow, der für das Bürgermeisteramt kandidiert, auf dem Weg von einer Wahlkampfveranstaltung zur anderen von Unbekannten mit einer automatischen Waffe erschossen.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de